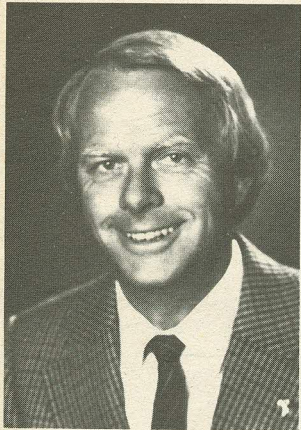




Keine Giftmüllverbrennung in Georgsmarienhütte!



Hans Kaiser aus Hagen, unser Landtags-
abgeordneter in Hannover seit 1970.

Hektik und Konzeptionslosigkeit kennzeichnen die Giftmüllpolitik der CDU/FDP-Landesregierung. Jahrelange Versäumnisse haben zu einem Entsorgungsnotstand geführt, die Skandale um die Mülldeponien Hoheneggelsen und Münchehagen offenbaren eine unglaubliche Hilflosigkeit des Umweltministers.

Statt eines schlüssigen Giftmüllvermeidungs- und -entsorgungskonzepts präsentiert Herr Remmers Einzelvorschläge, die den Problemen nicht gerecht werden und neue Umweltbelastungen riskieren.

Ich bin sehr froh, daß der Rat der Stadt Georgsmarienhütte nach sorgfältiger Prüfung gegen die Errichtung einer Giftmüllverbrennungsanlage votiert hat. Das ist nicht zuletzt der Entschiedenheit zu verdanken, mit der die SPD und ihre Ratsfraktion gegen diese Pläne gekämpft haben. Das technische Konzept ist nicht ausgereift, seine Risiken sind nicht kalkulierbar. Die Schadstoffbelastung in Georgsmarienhütte ist ohnehin groß genug, eine weitere Erhöhung nicht vertretbar. Die Folgen eines Störfalls mitten in der Stadt, in der Nähe von Wohnungen, Schulen, eines Krankenhauses wären katastrophal, betroffen wären möglicherweise auch die Nachbargemeinden.

Eine zweite Verbrennungsanlage (eine arbeitet bereits in Bramsche-Achmer) würde zu einer nicht verantwortbaren Konzentration von Giftmüllentsorgung in der dichtbesiedelten Region Osnabrück führen. Dem möglicherweise positiven Effekt des beabsichtigten Investitionsvolumens von 100 Millionen DM und den per Saldo etwa 25 Arbeitsplätzen muß man entgegenhalten, daß eine solche Anlage Chancen zur Schaffung anderer Arbeitsplätze eher verringert, weil die Attraktivität des Standortes sinkt.

Wir brauchen eine grundsätzliche Umsteuerung in der Giftmüllpolitik, die die Vermeidung und die Verwertung von gefährlichen Abfällen als oberste Priorität setzt und Entsorgung nur als letzten Ausweg begreift. Die Entsorgung darf nicht dem Markt überlassen bleiben, wirtschaftliches Interesse darf nicht vor Sicherheit und Umweltschutz rangieren. Der unverantwortbare, weil weitgehend unkontrollierbare Mülltourismus muß beendet werden. Standortentscheidungen müssen im Rahmen eines Gesamtkonzepts und unter Berücksichtigung der örtlichen Umweltschutzerfordernisse getroffen werden.

Wachsamkeit ist geboten. Die unqualifizierten Reaktionen des Umweltministers auf die Entscheidung des Stadtrates von Georgsmarienhütte deuten darauf hin, daß die Verbrennungsanlage noch nicht endgültig verhindert ist. Die vielen Pannen und Skandale in der Umweltpolitik haben das Vertrauen der Bürger in staatliche Kompetenz und staatliches Handeln erschüttert und fördern den Protest der Menschen in Georgsmarienhütte und den Nachbargemeinden.

Wir müssen uns gemeinsam wehren. Die Giftmüllverbrennungsanlage darf nicht gebaut werden.

Hans Kaiser, MdL

„Argumentation des Umweltministers oberflächlich, unfair und gefährlich zugleich“

gig-Interview mit dem Vertreter der Bürgerinitiativen, Ernst Josef Rütth

gig: Herr Rütth, vielleicht sagen Sie uns eingangs einiges über die Georgsmarienhütter Bürgerinitiativen gegen die Sondermüllverbrennungsanlage, wie sie organisiert sind, wie viele Mitglieder sie haben und welche Resonanz sie in der Bevölkerung finden.

Rütth: Die Bürgerinitiativen bestehen aus einem engeren Kreis von „Mitreitern“, die für die Organisation und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich sind, und einem zahlenmäßig schwer zu begrenzenden – weil ständig wachsenden – Kreis interessierter, zur Mitarbeit bereiter Bürger aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Beide „Kreise“ stehen in ständigem Kontakt und Gedankenaustausch.

gig: Noch im Juni dieses Jahres schienen nach dem Ratsbeschluss vom 23. 6. die Bürgerinitiativen nur eine kurzlebige Erscheinung zu sein. Wie beurteilen Sie die seitherige Entwicklung?

Rütth: Die Bürgerinitiativen mußten leider sehr bald zu der Einsicht gelangen, daß der Plan der Sondermüllverbrennung von

Vertretern der Industrie und von bestimmten Politikern nicht aufgegeben wurde. Zahlreiche Äußerungen belegen dies. Folglich sehen wir unsere Aufgabe weiterhin darin, die Bürger über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Eine weitere noch zu lösende Aufgabe sehen wir darin, mit den Bewohnern unserer Stadt dazu beizutragen, daß der demokratisch zustande gekommene Ratsbeschluss ernstgenommen wird.

gig: Vertreter der Bürgerinitiativen haben sich mit kritischen Beiträgen bei dem Besuch von Umweltminister Dr. Remmers zu Wort gemeldet. Wie würden Sie Ihren Eindruck von dieser Veranstaltung zusammenfassen?

Rütth: Die rege Beteiligung zeigte, daß das Thema „Sondermüllverbrennung“ bei der Bevölkerung noch lange nicht ausdiskutiert ist und daß sich die Bürger erst recht nicht mit einer SVA in der Stadtmitte von Georgsmarienhütte abfinden werden. Weiter wurde deutlich, daß Dr. Remmers sich im Zugzwang glaubt. Die uns alle beunruhigende Müllproblematik treibt ihn zu übereiltem – und wie z. B. die Standortwahl zeigt – konzeptionslosem Handeln.

gig: Was sagen Sie zu dem Vorwurf von Dr. Remmers, die Befürworter des Ratsbeschlusses vom 23. 6. seien Vertreter einer „Regionaldemokratie“ und hätten nicht genügend das Gemeinwohl („bonum commune“) im Auge?

Rütth: Diese Argumentation des Umweltministers ist oberflächlich, unfair und gefährlich zugleich. In einem äußerst fragwürdigen Demokratieverständnis wird das gefahrbringende Vorgehen des Ministers, also eine SVA in einem dichtbesiedelten Wohngebiet, mit dem Gemeinwohl gleichgesetzt. Berechtigte Bedenken werden vorschnell und

arrogant als Blindheit abgetan. Wer aber mit dem ungenauen – inhaltlich schwer zu füllenden – Begriff „Gemeinwohl“ operiert, muß sich der Gefahr bewußt sein, daß er eventuell nur bestimmte Interessen, etwa die der Entsorgungsindustrie, vertritt, während berechtigte Ansprüche betroffener Bürger – ja unserer ganzen Region – auf der Strecke bleiben. Denn hier geht es um die Gesundheit von mehr als 30 000 Einwohnern in Georgsmarienhütte und in den Nachbargemeinden sowie um den Ruf unserer Region als Fremdenverkehrsziel bzw. als Standort der Lebensmittelindustrie und „sauberer“ Industriezweige.

gig: Weiterhin wurde gegen die Bürgerinitiativen bei dieser Gelegenheit der Vorwurf erhoben, sie seien gewissermaßen eine Ausprägung des St-Florian-Prinzips, wonach man Ungemach vor allem von der eigenen Haustür fernhalten möchte. Fühlt sich die Bürgerinitiativbewegung von diesem Vorwurf getroffen?

Rütth: Wir halten es entweder für einen Fehlschluß oder einen gezielten, unredlichen Erpressungsversuch, wenn Politiker uns einreden wollen, wir alle seien als Konsumenten und Nutznießer des Wohlstandes Verursacher des Sondermülls und somit verpflichtet, Opfer für dessen Beseitigung zu tragen. Die Verantwortung liegt zunächst bei der Industrie, da der Konsument so gut wie keine Möglichkeit hat, Einfluß auf die Produktgestaltung und somit auf die Verwendung gefährlicher Stoffe zu nehmen. Der Bürger ist erst dann zur Diskussion über die Realisierung der Sondermüllverbrennung verpflichtet, wenn die Verantwortlichen unter Beweis gestellt haben, daß erstens alle Möglichkeiten

der Vermeidung und Wiederverwertung von Sondermüll ausgeschöpft sind und daß es zweitens vernünftige Konzepte, etwa bei der Festlegung von Standorten, gibt. Es kann doch nicht angehen, daß wir des Florian-Prinzips gescholten werden, wenn wir behaupten, es müsse geeignetere Standorte in Niedersachsen geben als Georgsmarienhütte.

gig: Interessierte Kreise verbreiten offensichtlich wohl gezielt das Gerücht, die Bürgerinitiativen seien linkslastig oder gar ein Partikel der Grünen, während wieder andere „Informationen“ darauf hinauslaufen, es handle sich gewissermaßen um eine „Verschwörung gegen den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt“. Wie stellt sich gegenüber solch maßlosem Jargon die Wirklichkeit dar?

Rütth: So kann nur jemand argumentieren, der in falscher Selbstsicherheit glaubt, festlegen zu können, was als verantwortungsvolle, vernünftige Industriepolitik zu gelten hat. Wir sind keineswegs industriefeindlich, aber wir wehren uns gegen eine Industriepolitik, die gesundheitliche, wirtschaftliche und ökologische Risiken und Folgeschäden nicht hinreichend berücksichtigt. Wir lassen uns auch nicht einreden, daß wenige Arbeitsplätze bei einer SVA die Risiken und negativen Auswirkungen auf die Stadt und die umliegende Region aufwiegen.

gig: Unser Eindruck ist, daß die Bürgerinitiativen überparteilich angelegt sind. Wir vermuten, daß die Mehrzahl ihrer prominenten Mitglieder bisher nicht unbedingt der SPD nahestanden. Die SPD hat sich nach einem parteiinternen Diskussionsprozeß sehr bald gegen die SVA ausgesprochen und Argumenten der Bürgerinitiativen Beachtung geschenkt. Uns interessiert, wie Ihr Anliegen von den anderen Parteien aufgenommen wird und wie Sie die Situation einschätzen.

Rütth: In den Bürgerinitiativen sind Bürger verschiedener politischer Herkunft aktiv; die Parteipolitik muß den sachlichen Interessen in dieser Frage untergeordnet werden. Die UWG und die SPD haben zu unserer Freude sehr deutlich dokumentiert, daß sie zu der Ratsentscheidung stehen. Aber auch in der CDU gibt es entschlossene Gegner der SVA, sowohl im Rat als auch erst recht in der Basis. Unsere Aufgabe muß es daher sein, mit allen Bürgern im Gespräch zu bleiben, besonders mit jenen CDU-Wählern, denen der politische Kurs der CDU-Fraktion Anlaß zur Besorgnis gibt. Diese Bürger müssen ihre Unzu-

friedenheit dokumentieren und versuchen, auf diese unselige Entwicklung Einfluß zu nehmen. Dies ist wichtig, da dem entschlossenen Vorgehen der Industrie und des Umweltministers ein ebenso entschlossener Protest entgegengesetzt werden muß. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens muß verhindert werden, wenn wir eine für Georgsmarienhütte unaufhaltbare negative Entwicklung mit unabsehbaren Konsequenzen ausschließen wollen.

gig: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

(Das Gespräch führte für die „gig“ Johannes Köhne.)

Einladung

Der SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte und der SPD-Stadtbezirk Oesede laden ein zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung mit

Dr. Michael Braungart
(Hamburg) vom „Zentrum für soziale und ökologische Technik“ zum Thema
„Sondermüllverbrennungsanlage“.

Ort: Gaststätte Döll-Obermeyer
Zeit: 26. November '87, 19.30 Uhr



Die Bürger von Georgsmarienhütte fordern eine sachgerechte und ausgewogene Standortentscheidung!

Wie sähe eine vernünftige Giftmüll-Politik aus?

Immer wieder ist der Vorwurf zu hören, daß die Gegner der Giftmüll-Verbrennungsanlage keine Alternative hätten. Im folgenden soll knapp gezeigt werden, daß ein Giftmüll-Konzept sehr wohl möglich ist (wo ist übrigens das Konzept der CDU-Landesregierung?).

1. Oberstes Ziel muß die Vermeidung und Wiederverwertung giftiger Stoffe sein!
2. Zu Punkt 1 ist eine gesetzlich festgeschriebene Geld-Abgabe für schädliche Stoffe festzulegen.
3. Bestimmte schädliche Stoffe sind – wie in anderen Ländern auch – völlig zu verbieten (z. B. PCB, Cadmium ...).
4. Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte, die umweltfreundlich produziert werden und bei denen keine Schadstoffe anfallen.
5. Ein absolutes Verbot des Mülltourismus! Deshalb müssen Sondermüllbezugsbereiche festgelegt werden.
6. Die gesamte Sondermüllbeseitigung darf nicht in priva-

ten, kommerziellen Händen liegen.

7. Die strafrechtlichen Konsequenzen für den illegalen Umgang mit Giftmüll müssen erheblich verschärft werden – solche Handlungen sind Kapitalverbrechen gleichzustellen!
8. Die Aufsichtsbehörden sind fachlich und personell zu verstärken! Zudem ist ihre völlige Unabhängigkeit zu garantieren!
9. Solange kein komplettes Vermeidungs- und Wiederverwertungssystem besteht, muß Giftmüll genau definiert, sortiert und kontrolliert zwischengelagert werden.
10. Die Rückholbarkeit giftiger Stoffe ist sicherzustellen.
11. Grundsätzlich gilt bei allen Planungen und Maßnahmen, daß nicht nur die gesetzlichen Bedingungen (z. B. die TA-Luft) erfüllt werden, sondern jeweils der „Stand der Technik“ der Maßstab ist.
12. Ebenso müssen bei allen Ent-

SPD-Bezirk Weser-Ems lehnt Remmers' Vorstellungen zur Giftmüllentsorgung ab

Der SPD-Bezirk Weser-Ems verabschiedete kürzlich ein umfassendes Konzept zur Sondermüllentsorgung in Niedersachsen. Hierin heißt es u. a.:

„Die niedersächsische Landesregierung verfügt über kein geschlossenes Konzept zur Giftmüllbewirtschaftung. Sie vernachlässigt die Bereiche Vermeidung und Verwertung von Giftmüll, die Organisationsfragen der Abfallbewirtschaftung und die Überwachung und Kontrolle von Abfallströmen.“

Zu eventuellen Standorten für Hochtemperaturverbrennungsanlagen (Stadt Emden ist interes-

siert) fordert der SPD-Bezirk:

„Eine Standortsuche ist auf ganz Niedersachsen auszudehnen und in einem Raumordnungsverfahren abzusichern. Dabei sind die Kriterien der Auswahl um solche der Risikominderung (Transporte von Sondermüll, Soletransporte) und der Umweltverträglichkeit zu erweitern.“

Der Bezirk Weser-Ems erklärt ausdrücklich, daß die SPD die Hochtemperaturverbrennung und die Endlagerung von Reststoffen in Salzkavernen auf der Grundlage des Konzepts der Landesregierung ablehnt.“

Dieter Selige

scheidungen die örtlichen Gegebenheiten voll berücksichtigt werden (z. B. Ortsklima, Luftbewegungen, topographische Struktur, bisherige Luftbelastungen usw.).

13. Vor Ort sind in jedem Falle Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen. Dabei sind unabhängige Institute zu beauftragen.
14. Sämtliche Anlagen müssen sich am Bedarf orientieren und dürfen diesen nicht erzeugen (deshalb auch nicht-kommerziell!).
15. Unter diesen Bedingungen kann eine Sondermüllverbrennungsanlage nur der **letzte** Ausweg sein!

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die SPD GM-Hütte bleibt bei ihrer klaren, eindeutigen **Ablehnung** einer solchen Anlage hier in GMHütte – ein **ungünstiger** Standort wird sich wohl kaum finden lassen.

Rainer Korte

Wann findet denn die CDU zu einer vernünftigen Haltung in der Frage der Giftmüllverbrennungsanlage?

„Giftmüll“ oder „Sondermüll“?

Bürgermeister Tegeler (CDU) fühlte sich berufen, Ratsherren zurechtzuweisen, die das Wort „Giftmüll“ statt „Sondermüll“ verwendeten. Sondermüll hört sich viel harmloser, beherrschbarer, an. Dazu aus der Brockhaus-Enzyklopädie:

„Sondermüll = Müll, der im wesentlichen aus **Giftstoffen** (Ölschlämme, galvanische Schlämme, Teerrückstände, verschiedene Säuren, Laugen u. a.) besteht, die mit Haus- oder Industiemüll nicht beseitigt werden dürfen.“

Dieter Selige

War der 2. Oktober ein guter Tag für die Stahlregion Osnabrück?

Das Stahlwerk in Osnabrück und die Georgsmarienhütte haben es nie leicht gehabt, sich zu behaupten. Osnabrück und Georgsmarienhütte gehören zu den kleinen Stahlstandorten, die sich der Konkurrenz der Großen zu erwehren haben.

Zudem hatten Osnabrück und Georgsmarienhütte Standortnachteile, die nur durch besondere Anstrengungen ausgeglichen werden konnten.

Seit Jahren befindet sich die Stahlindustrie – nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Europa und sogar weltweit – in einer schweren Strukturkrise. Der Stahlverbrauch ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Produktionsanlagen sind nicht ausgelastet. Mit Stahl ist kaum noch Geld zu verdienen. Rote Zahlen sind an der Tagesordnung.

Es ist versucht worden, durch Stilllegung von Produktionsanlagen – und dieses ist stets mit der Vernichtung der dort befindlichen Arbeitsplätze verbunden – eine Anpassung der Stahlerzeugungskapazitäten an den Verbrauch zu erreichen. Die Zahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie ist infolgedessen in der Bundesrepublik von 330 000 auf 200 000, also um mehr als ein Drittel, zurückgegangen.

Im Osnabrücker Stahlwerk und auf der Georgsmarienhütte waren in der Nachkriegszeit mehr als 10 000 Menschen beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten ist ständig zurückgegangen, und zwar um mehr als 6 000. Das heißt, von 10 Arbeitsplätzen sind 6 verlorengegangen. Das hat überdies zu einem etwa gleich hohen Verlust von Arbeitsplätzen bei Lieferanten und Auftragnehmern geführt.

Der Aderlaß der Region um Osnabrück, infolge der negativen Entwicklung in der Stahlindustrie, dürfte sich also auf mindestens 10 000 Arbeitsplätze belaufen. Der alarmierende Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie hat nicht zur Bewältigung der Stahlkrise geführt. Die Stahlkrise hat sich vielmehr weiter verschärft. Das Konzept des Gesundheitschumpfens hat bisher jedenfalls nicht funktioniert.

Dessen ungeachtet wollen die Stahlkonzerne bei 1990 bundesweit weitere 35 000 Stahlarbeitsplätze beseitigen. In der Stahlregion Osnabrück sollen 1200 Stahlwerker ihren Arbeitsplatz verlieren, wie man hört, je 600 in Georgsmarienhütte und Osnabrück.

Arbeitsminister Blüm hat, als dieser schlimme Arbeitsplatzabbau in der sogenannten Stahlrunde bei Wirtschaftsminister Bangemann abgesegnet worden war, von einem „guten Tag für die Stahlarbeiter“ gesprochen. Wenn besiegelt wird, daß 35 000 Stahlarbeiter bis Ende 1989 ihre Arbeit verlieren und weitere ca. 35 000 Arbeitnehmer bei Lieferanten und Auftragnehmern, dann ist das keine gute, sondern eine schlechte Nachricht. Schlecht für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien, schlecht für die Stahlregionen und alle dort lebenden und arbeitenden Menschen.

Blüm und Bangemann haben den Stahlindustriellen 600 Millionen DM in Aussicht gestellt, damit die Entlassung von 35 000 Stahlwerkern durch Sozialpläne abgefedert wird. Unklar ist, ob durch diese zukünftigen Sozialpläne verhindert werden wird, daß die betroffenen Arbeitnehmer nicht nur ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern auch noch beträchtliche, sich lebenslang auswirkende Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde das, was eigentlich not tut und wirkliche Hilfe brächte, nicht geschehen, nämlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nur dadurch kann dem Grundrecht der Stahlwerker auf Arbeit entsprochen und die wirtschaftliche Zukunft der Stahlregionen und mithin auch der Region Osnabrück gesichert werden.

Dr. Alfred Emmerlich, MdB



Zu einer eindrucksvollen Demonstration der Solidarität mit den vom Arbeitsplatzverlust drohenden Stahlwerkern geriet die am 6. Oktober 1987 im Rahmen der Aktionswoche „Das Stahlwerk muß leben“ sich bildende Menschenkette, die vom Stahlwerk bis zum Arbeitsamt Osnabrück reichte. Zur Solidarität hatte auch der SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte aufgerufen.
Foto: J. Boldt

Sozialpolitik am Ende?

gig-Interview mit dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, Klaus Kraegeloh (SPD)

gig: Wo liegen die Aufgaben der Stadt in Ihrem Ausschußbereich?
K. Kraegeloh: Die Stadt GMHütte erfüllt im Rahmen ihrer Aufgaben eine Reihe von gesetzlichen Verpflichtungen. Das sind vor allem die Sozialhilfe und das Wohngeld, das die Stadt zwar zum größten Teil wieder zurückbekommt, was aber z. B. durch die Kreisumlage wieder finanziert werden muß. Vertragliche Bindungen bestehen vor allem bei den Zuschüssen für Kindergärten, die Psychologische Beratungsstelle und die Sozialstation.

Darüber hinaus gewährt die Stadt eine Reihe von freiwilligen Leistungen im Sozialbereich durch Zuschüsse an Kirchen, Vereine und Verbände.

gig: Gab es in letzter Zeit besondere Probleme?

K. Kraegeloh: Vor allem muß auf die gestiegenen und immer noch weiter steigenden Leistungen im Bereich der Sozialhilfe hingewiesen werden. Sie sind vor allem eine Folge der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit.

Wie wir alle wissen, steht es um die Finanzen der Stadt jetzt nicht gerade zum besten. Das führt dazu, daß gespart werden muß. Der Sozialausschuß hat aber in seiner Sitzung am 23. 9. einstimmig beschlossen – abgesehen von einem einzigen Posten, der vertretbar schien – keine Kürzungen vorzunehmen. Sollte das Nds. Innenministerium dennoch darauf bestehen, so müßte man uns schon zwingen, die Arbeit der Kindergärten oder der Sozialstation und die mit geringen Beiträgen unterstützte Arbeit von karitativen Vereinen und Verbänden zu stoppen. Das wird Hannover sicher nicht wollen.

gig: Worin sehen Sie Ihre zukünftigen Aufgaben?

K. Kraegeloh: Bei der Ausländerbetreuung ist die Schaffung eines Ausländerbeirates von der Mehr-

heitsfraktion bisher abgelehnt worden. Ich bin immer noch der Meinung, daß das noch nicht das letzte Wort sein darf. Im übrigen wird der Ausschuß weiterhin die dringend notwendige Betreuung unserer ausländischen Mitbürger vorantreiben.

Es wird aber auch darum gehen, überall dort Einrichtungen zu unterstützen, die uns allen dienen, vor allem aber den Schwächeren in unserer Gesellschaft.

So stimmten wir einer höheren Bezuschussung des Arbeiterwohlfahrt-Projektes am Königsberger Weg ebenso zu wie dem

des Jugend-Pfarrheimes in Holzhausen.

Für die nächsten Jahre wird der Umbau unseres Stadtkrankenhauses den Ausschuß beschäftigen. Wir hoffen, daß es bald grünes Licht aus Hannover für ein modernisiertes Raum- und Funktionsprogramm geben wird.

gig: Was wünschen Sie sich besonders?

K. Kraegeloh: Ich hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit im Ausschuß – trotz gelegentlicher Streitpunkte.

gig: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Arme Stadt – Steuerreform setzt noch einen drauf

Die Verschuldung der Stadt Georgsmarienhütte erreichte inzwischen neue Rekordhöhen. Am 31. 12. 1986 kletterten die Schulden auf insgesamt 73,5 Mio DM (einschl. Stadtwerke und Krankenhaus). Pro Einwohner sind das 2400,- DM Schulden. Im Vergleich mit anderen Städten in der Größenordnung von 20-30000 Einwohnern liegt Georgsmarienhütte 600,- DM pro Einwohner über der durchschnittlichen Verschuldung. Zählt man die Schulden des Landkreises hinzu (jeder Georgsmarienhütter Einwohner ist auch Kreiseinwohner) steigt die Schuldenlast auf 3300,- DM pro Einwohner.

Der jährliche Aufwand für Zinsen beträgt ca. 4,6 Mio DM und wird in den nächsten Jahren auf 5 Mio DM ansteigen. Diese Mittel fehlen für Investitionen und damit zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Zur Beurteilung der finanziellen Lage der Stadt müssen jedoch die Steuereinnahmen hinzugezogen werden. Die sog. Zinssteuerquote betrug 1970 noch 3,6%, 1980 10%, und 1988 wird sie nach dem Haushaltsentwurf

13,9% betragen, was auf stagnierende Einnahmen hinweist. Hoffnungen auf eine zukünftige Verbesserung werden mittelfristig durch die von der CDU/FDP-Regierung in Bonn beschlossene Steuerreform zunichte gemacht. Steigende Fixkosten wie Personal- und Unterhaltungskosten tragen zu einer weiteren Einengung des kommunalen Finanzspielraumes bei.

Die Steuerreform wird die finanziellen Schwierigkeiten unserer Stadt, die sie durch den Niedergang des „Stahlstandortes“ erleben mußte, für die nächsten Jahre fortsetzen und damit die Finanzautonomie begraben. Schon jetzt weist uns das Land und der Landkreis an, welche Steuern und Gebühren wir zu erhöhen und welche Leistungen wir zu streichen hätten.

Die von der CDU/FDP-Bundesregierung gewollte Steuerreform hat für GMHütte zur Folge, daß der Haushalt radikal gekürzt und die Leistungen für den Bürger erheblich verteuert werden. Eine wahrhaft gelungene „Reform“!

Dieter Selige

Wußten Sie, . . .

. . . daß die Strahlenbelastung in Lebensmitteln weiterhin vorhanden ist?

Wußten sie auch, daß jeder, durch gezieltes Einkaufen, die individuelle Strahlenbelastung um 75% verringern kann? Dies ist für die Ernährung von Kindern von allergrößter Bedeutung – denn es geht ja in diesem Zusammenhang immer um Spätfolgen!

Wie sind die für eine gezielte Ernährung notwendigen Informationen erhältlich?

– Grundsätzliches über Strahlenbelastung aus einem kleinen Buch der **Verbraucherzentrale**: „Radioaktivität. Information und Tips für Verbraucher“; DM 7,00. Ganz ausgezeichnet: eine hervorragende und gründliche Einführung von 100 Seiten!

– In der „Frankfurter Rundschau“ jeden Samstag; in der „Tageszeitung“ (TAZ) täglich umfassende Informationen für je eine Produktgruppe.

– Durch das Abonnement eines regelmäßigen Strahleninformationsdienstes. Informationen bei mir.

Denken Sie daran: Tschernobyl ist noch lange nicht vorbei!

Rainer Korte

CDU blockiert!

An dieser Stelle berichteten wir über die intensivierte Arbeit im Umweltausschuß seit der letzten Kommunalwahl.

Leider können nicht nur „gute Nachrichten“ aus dem Umweltbereich gebracht werden! Wenn es darauf ankommt, Entscheidungen zu treffen, die grundlegende umweltpolitische Richtungsänderungen bewirken sollen, zieht die CDU-Mehrheit nicht mit! 3 Beispiele aus der Sitzung des Umweltausschusses im September zeigen dieses Abblocken deutlich:

– Den Beschluß des Umweltaus-

schusses vom Mai 1987 (!), das Fällen von Bäumen durch den Ausschuß genehmigen zu lassen und Forst- und Umweltsachleute hinzuzuziehen, machte die CDU mit ihrer Mehrheit rückgängig. Damit ist die Entscheidung über die Abholzung nicht geschützter Bäume wieder in den Händen des Bauamtes.

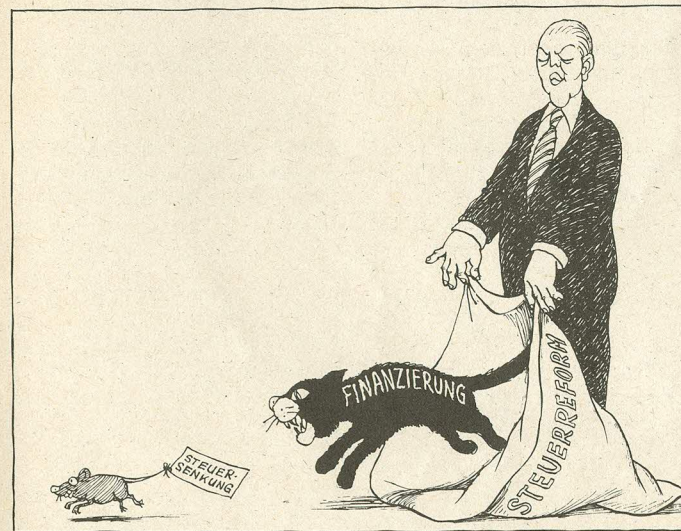
– Unseren Antrag auf Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln im Bereich der Stadtverwaltung lehnte die CDU ab.

– Da ist es dann nicht weiter verwunderlich, daß auch ein völliges Spritzverbot auf Wegen, Fußwegen und Straßen für alle (!!) von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde. Es darf weiter mit Gift gesprüht und gespritzt werden! Unsere Kinder werden sich über die Rückstände freuen!

Die Zukunft wird zeigen, ob die CDU tatsächlich interessiert ist an einer zukunftsweisenden, ökologisch orientierten Umweltpolitik oder ob ihr Fotowettbewerb, Umweltpreise, Gehölzspenden für Neuverheiratete usw. ausreichen.

Rainer Korte

PETER LEGER'S KARIKATUR



Aus: Vorwärts Nr. 42 (1987), S. 5

Niedersachsen streicht Sozialleistungen

Der 50%-Zuschuß des Landes zur Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger sowie die Gewährung von Winterbeihilfen an bedürftige Arbeitslose sind gestrichen worden. Ein Teil dieser Leistungen muß nunmehr von den Landkreisen und kreisfreien Städten übernommen werden, da das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 12. 4. '84 einen Rechtsanspruch auf die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz festgestellt hat.

Ein weiteres Beispiel für die Konsolidierung der Landesfinanzen auf dem Rücken der Gemeinden!

Dieter Selige

Leser schreiben der „gig“:

„Vor einigen Jahren wurde durch Mundpropaganda die Badehaubspflicht aufgehoben. Dies hatte sich nach wenigen Tagen schnell herumgesprochen. Was sich aber seit vielen Jahren noch nicht herumgesprochen hat, ist: Jeder Badegast ist **verpflichtet**, sich vor dem Betreten der Schwimmhalle **abzuseifen**.

Unsere Beobachtungen: 98% aller Badegäste duschen und seifen sich **nach** dem Schwimmen erst ab. Mit anderen Worten: den Nachschmutz, gleich welcher Art, lassen sie im Schwimmbecken. Oft sogar, vor allen Dingen die Damen, hält man es sogar so, daß, ohne sich vorher überhaupt naß zu machen, trocken ins Bassin gestiegen wird. Ganz schlimm ist es aber bei den Schulkindern. Ganz wenige Pädagogen achten darauf, daß sich die Kinder abseifen.

Über alle diese Probleme habe ich mich mit dem Personal im Bad unterhalten. Verständli-

cherweise wollen sich die Herren Schwimmmeister nicht einen Herzinfarkt einhandeln, denn sie könnten den Ärger gar nicht anders verkraften (...)

Dann möchte ich die ganz schlimmen Verhältnisse des großen Parkplatzes (Kirmesplatz) beleuchten. Versuchen Sie einmal an Werktagen dort einen Parkplatz zu finden, der nicht an der Friedhofsmauer ist. Die vordersten Parkplätze werden zu unserem Leidwesen von den Werksangehörigen der Möbelfabrik eingenommen, während gerade die älteren Leute ihre Einkaufsware weit schleppen müssen. Auch Patienten, die zum Teil behindert sind, haben oft Schwierigkeiten, einen Parkplatz zu finden.

Hier müßten die Werktätigen angewiesen werden, ihre fahrbaren Untersätze an den hinteren Plätzen abzustellen.“

Gerhard Bluschke,
Bergstraße 2,
4504 Georgsmarienhütte

Unsere Reaktion:

Wir haben obige Anregungen sofort an die Verwaltung weitergegeben und darum gebeten, doch noch einmal die Lehrkräfte hinsichtlich des Schwimmbades anzusprechen.

Außerdem haben wir angeregt, daß an der Straße vor dem Sanitätsgeschäft 2 Parkplätze für Behinderte ausgezeichnet werden. Ansonsten müßten weitere Lösungen, wie z. B. das Parken mit Parkscheibe, geprüft werden.

Rainer Korte

Schon gewußt?

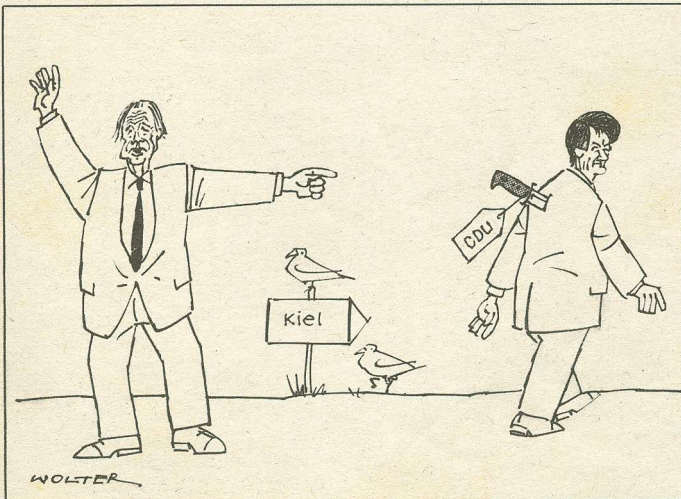
Zum Preis von DM 6,50 hat die Stiftung Warentest ein höchst interessantes Sonderheft „Umweltschutz“ herausgebracht.

In diesem Heft finden sich umfassende und intensive Informationen, z. B. zur „Chemie im Kochtopf“, zum Sinn und Nutzen von Wasserfiltern, über Waschmittel und Seifeneinsatz (u. a. ein Test von Allzweckreinigern), über Treibgase, die Eßbarkeit von Fischen, über Luftfilter und vieles mehr.

Besonders lesenswert ist ein Artikel über die Verringerung des Stromverbrauchs im Haushalt.

Insgesamt sind die 6,50 DM gut angelegtes Geld – für unsere Umwelt und für die eigene Gesundheit.

Rainer Korte



„Der Engholm! Mit unserem Messer! Haltet den Dieb!“
Aus: Der Spiegel 44 (1987), S. 27

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte
Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:
Johannes Köhne
Sperberhöhe 27
Satz und Druck:
Druckerei Lothar Günter,
GMHütte, Schauenroth 13
Auflage: 10 000 Stück